

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #05/2013

9. Februar 2013

Die Fragen stellte Florian Wolf-Roskosch, 29, Sozialwissenschaftler aus Berlin

Frau Bundeskanzlerin, während die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland verhältnismäßig niedrig ist, gibt es viele junge Leute in den europäischen Ländern, die arbeitslos sind und keine Möglichkeit haben, eine Berufsausbildung zu beginnen. Welche Gefahr sehen Sie darin?

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Ja, es ist in der Tat so, dass dies im Augenblick eine der größten Sorgen in Europa ist. In Deutschland ist die Lage relativ gut. Allerdings sind acht Prozent Jugendarbeitslosigkeit auch noch zu viel, und wir müssen daran arbeiten, dass auch das runter geht. Denn jeder junge Mensch sollte eigentlich eine Chance bekommen. Aber wenn wir uns überlegen, dass in 18 europäischen Ländern die Jugendarbeitslosigkeit über 20 Prozent liegt, dann heißt das: Viele junge Leute haben in den besten, aufnahmefähigsten Jahren, in denen man sehr gut lernen kann, nicht die Chancen. Und deshalb haben wir uns bereits im vergangenen Jahr damit beschäftigt, wie wir Mittel aus den europäischen Budgets frei machen können, um gerade die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen; zum Beispiel Zuschüsse zu Gehältern zu geben, wenn Unternehmen Jugendliche einstellen, aber auch andere Beschäftigungsmaßnahmen durchzuführen.

Europa braucht Perspektiven. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa?

Wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen. Wir haben jetzt eine bessere Zusammenarbeit in Europa. Das Arbeitsvermittlungsportale „EURES“, was ein Internetportal ist, ist jetzt sehr viel besser aktiviert worden. Gerade junge Menschen werden darauf hingewiesen. Dort wird eine Vielzahl von freien Stellen angezeigt – allerdings oft in Ländern, in denen die Jugendlichen nicht leben. Und wir wollen sie auch ermuntern; es gibt auch eine Reihe von bilateralen Initiativen zwischen Deutschland und Griechenland, zwischen Deutschland und Spanien, zwischen Deutschland und Portugal. Die Vertreter von zehn Arbeitsverwaltungen hatten sich jetzt getroffen und eine Kooperationsvereinbarung miteinander beschlossen. Denn oft ist es wichtig, wenn ein Jugendlicher aus einem Land kommt, in dem man nicht deutsch spricht, dass dann die Arbeitsagentur – bei uns zum Beispiel – für eine freie Stelle noch zusätzlich einen Sprachkurs anbietet. Und all diese Fragen werden jetzt gerade von den Ministern für Arbeit und Soziales sehr intensiv bearbeitet.

Welche Vorteile bietet die duale Ausbildung in Betrieb und Berufsschule in Ihren Augen? Kann es ein Modell für andere Staaten sein?

Ja, mit Sicherheit. Die duale Ausbildung erfreut sich eines sehr großen Interesses und einer sehr großen Beliebtheit. Das Problem ist nur: Man kann sie nur schrittweise einführen. Wir schauen darauf, zum Beispiel bei deutsch-spanischen Wirtschaftskonferenzen, bei deutsch-portugiesischen Wirtschaftskonferenzen, dass die deutschen Unternehmen, die in den

jeweiligen Ländern ansässig sind, auch das Thema der dualen Berufsausbildung schrittweise umsetzen und einführen. Aber wenn man überlegt, dass in Spanien zum Beispiel fast eine Million junge Leute arbeitslos sind, dann kann man dieses Problem nicht von einem Tag auf den anderen allein durch das duale Berufsausbildungssystem bekämpfen. Aber insgesamt wird inzwischen anerkannt, dass nicht alle studieren müssen, sondern dass das Training im Betrieb eigentlich eine unglaubliche Bildungsmaßnahme ist, die sehr, sehr gut wirkt – in der Kombination mit der dazugehörigen theoretischen Ausbildung.

Deutschland ist wegen seiner demographischen Entwicklung langfristig auf Zuwanderung angewiesen, der Bedarf an qualifizierten Fachkräften wird steigen. Wie wird sich die Arbeitswelt dadurch verändern?

Ich glaube, dass wir in den nächsten Jahren eine Entwicklung in Europa bekommen werden, wo wir nicht nur einen einheitlichen Binnenmarkt haben, auf dem die Güter hin und her gehandelt werden können, sondern in dem sich auch die Menschen freier bewegen können; das heißt auch, Schritt für Schritt – das wird Jahre, vielleicht Jahrzehnte dauern – einen einheitlichen Arbeitsmarkt bekommen. Da gibt es zwei große Barrieren: Das eine ist die Sprache. Und ich denke, dass wir auch in den Ländern, in denen eben nicht Englisch zu Hause gesprochen wird, doch alle die englische Sprache lernen sollten. Ich glaube, das ist eine gute Verständigungsmöglichkeit; und eben nicht nur Studenten, sondern auch Austausch in Berufsausbildung, auch gute Sprachausbildung bei den Facharbeiterberufen. Es gibt ja auch schon einige Ansätze: Das Programm LEONARDO in Europa ist eine Möglichkeit – auch für Berufsschüler oder für Facharbeiter – sich auszutauschen. Die zweite große Barriere ist die Frage der Sozialsysteme. Die Sozialsysteme sind sehr unterschiedlich – das Rentensystem, das Krankenversicherungssystem. Und wir müssen alles dafür tun, dass sich ein junger Mensch, wenn er einige Jahre vielleicht in Deutschland ist, dann wieder zurück nach Spanien oder Portugal geht, eben eine Rentenbiografie – wie man das fachlich sagt – aufbauen kann und dass die einzelnen Elemente zueinander passen.

In der EU gibt es aktuell 23 Amts- und Arbeitssprachen. Wie Sie schon gesagt haben: Die Sprachbarriere stellt oft das größte Problem dar. Was sagen Sie der europäischen Jugend?

Der europäischen Jugend sage ich: Erst mal soll jeder seine eigene Sprache ordentlich lernen, und zweitens soll er bereit sein, auch eine zweite Sprache zu lernen, damit wir uns möglichst gut miteinander verständigen können. Das ist ganz, ganz wichtig.